

Coronamaßnahmen: Abgrenzung nach Rechts?

Gewiss handelt es sich sowohl bei der Abgrenzung nach Rechts wie bei der Coronadebatte um stark emotional besetzte Themen und natürlich wird es nicht leichter, damit umzugehen, wenn sie beide zusammenkommen. Das mag manchen schrillen Ton in der Diskussion erklären, eine Begründung für schräge Positionen ist das nicht.

Denn es ist keinerlei Kunststück, emanzipatorische Kritik am Coronamanagement der Regierungen von rechten Interventionen oder gar verschwörungsideologischem Gedröse zu unterscheiden.

Da ist zunächst die Faktenfrage. Das Coronavirus existiert, es ist eine weltweite Bedrohung von Gesundheit und Leben für Hunderte von Millionen Menschen und das um so eher, je ärmer die Menschen sind. Das hat inzwischen weltweit zum frühzeitigen Tod von etwa zweieinhalb Millionen Menschen und zur langfristigen Erkrankung ungezählter weiterer geführt. Wer das im Kern, jenseits detaillierter Zahlen, infrage stellt, befindet sich außerhalb jeglichen rationalen Diskurses und kann diesbezüglich nicht mehr ernst genommen und muss nicht weiter beachtet werden.

Worum es eigentlich geht, ist also nicht diese Frage, sondern die der politischen Bewertung der Situation und der Forderungen, die sich daraus ergeben. Das ist übrigens immer so, wenn es um Abgrenzung von Rechts geht, nicht nur bei Corona. Nie ist wahr, was einmal ein ehemaliges Kokreismitglied von Attac formulierte, dass „zwei und zwei vier bleibt, auch wenn ein Rechtsradikaler das sagt“, und dass man sich dagegen nicht wehren könne, denn wir streiten mit den Rechten nicht über Mathematik, sondern über Politik. Und da „berühren“ oder „überschneiden“ sich die Positionen eben nicht.

Was sich berührt und überschneidet, sind die Themen, mit den man sich befasst, und manchmal kommen da Forderungen heraus, die ähnlich oder sogar bezüglich ganz konkreter Details gleich sein können. Die Gründe dafür sind immer höchst gegensätzlich und das kann man auch leicht deutlich machen. Deshalb muss man als Linke auch kein Politikfeld aufgeben, nur weil sich da auch Rechte tummeln, sondern man muss dann zusehen, dass man die eigene Position in klarer, unmissverständlicher Abgrenzung von ihnen entwickelt.

Dazu allerdings ist es unverzichtbar, jeglichen Aktions-, Handlungs- oder gar organisatorischen Zusammenhang mit ihnen zu vermeiden. Querfront entsteht nicht schon dort, wo Linke und Rechte dieselben Themen bearbeiten, auch nicht notwendig, wenn sie scheinbar gleichlautende Forderungen formulieren. Sie entsteht vielmehr da, wo gemeinsam oder zumindest aufeinander bezogen agiert wird.

Ich sprach von „scheinbar“ gleichlautenden Forderungen, weil sie politisch tatsächlich nie gleich sind, auch wenn die Formulierungen gleich klingen oder wenn auch Rechte, wie beim Volksentscheid zum Rückkauf der Energienetze von Vattenfall und Eon in Hamburg, sogar zu gleicher Stimmabgabe aufrufen. Dieses kann man als Linke nicht immer vermeiden, eine Verwechselbarkeit sehr wohl.

Dafür muss man sich dann ganz genau bewusst machen, was man selber will, und ebenfalls ganz genau hinschauen, was die Rechten tatsächlich wollen. In der Coronapandemie liegt es offen zutage, wo der Unterschied ist: Wir wollen einen verantwortungsbewusst gestalteten Schutz der Menschen vor den gesundheitlichen Folgen der Pandemie und wir wollen das so, dass die ohnehin vorhandenen gesundheitlichen und sozialen Benachteiligungen bestimmter Bevölkerungsschichten mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zumindest nicht noch verstärkt werden. Wären wir diejenigen, die die Maßnahmen entscheiden und durchführen, dann würden wir sie so anlegen, dass

sie diese Benachteiligungen tendenziell umkehren.

Ein emanzipatorischer Ansatz schließt harte Schutzmaßnahmen nicht von vorne herein aus, konzipiert sie aber aus einer Haltung der Solidarität mit den Schwächsten heraus. Es dürfte Konsens unter uns sein, dass in Deutschland und fast überall anderswo auf der Welt dieses nicht das Motiv der Regierenden war und ist; da geht es um den Schutz „der Wirtschaft“, also die langfristige Sicherstellung der Kapitalakkumulation. Dabei kann auch mal eine Maßnahme herauskommen, die gleichzeitig dem Schutz breiter Bevölkerungsteile dient, aber darin liegt nicht die eigentliche Rationalität der Maßnahmen. Darüber brauchen wir also ebenfalls nicht zu streiten, sehr wohl aber darüber, ob man auch als Linke sich unter Umständen auf solches Regierungshandeln bezieht und wie man das tut.

Ich sprach von den Schwächsten, das sind ja nicht nur diejenigen, die gesundheitlich am verletzlichsten sind, sondern auch sozial, materiell und politisch Ausgegrenzte wie Flüchtlinge, körperlich und mental beeinträchtigte Heimbewohner*innen, Beschäftigte in vielen Produktions- und Dienstleistungssektoren und andere. Zumindest bei den beiden hier zuerst genannten Gruppen wird man keine Rechte finden, die Solidarität zuerst mit diesen einfordern. Das allein also stellt praktisch schon die Abgrenzung sicher.

Außerdem stehen weder die Pandemie noch die Gegenmaßnahmen außerhalb des Geschlechterverhältnisses. Aufgrund der verstärkten Zuweisung von Pflege-, Sorge- und Betreuungstätigkeiten an Frauen sind diese dem Virus viel stärker ausgesetzt als Männer. Und auch die Maßnahmen treffen sie härter, weil sie viel häufiger die Folgen von sozialer Isolation, Homeschooling und häuslicher Gewalt erleiden als Männer. Auch eine geschlechtersensible Wahrnehmung der Situation ist etwas, das Rechte nie leisten werden, da Antifeminismus für die moderne Rechte ja direkt konstitutiv ist.

Rechte nutzen aber ganz generell die Pandemie gar nicht zur Solidarität, sondern zur Spaltung. Ihnen geht es darum, es „denen da oben“ mal zu zeigen, die „Wut des Volkes“ gegen „die Eliten“ in Stellung zu bringen, „die Fremden, die Migration“ verantwortlich dafür zu machen, dass „wir“ jetzt unter diesen Einschränkungen leiden müssen. Ihr Bezug sind nicht die Schwächsten, sondern die „Volksgemeinschaft“.

Wo und warum sollte das alles nicht ganz leicht unterscheidbar sein?